

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	192
		TOP:	26
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	10.04.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	Herr Hein (SchulverwA)		
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	"Grundschulangebot in Stuttgart-Freiberg und im Mönchfeld; weiterhin Handlungsbedarf gegeben" - Antrag und Anfrage Nr. 52/2019 vom 08.02.2019 (SPD, CDU)		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zum Stand der Entwicklungsplanung für den Campus Freiberg führt Herr Hein (SchulverwA) zunächst aus, dass Kapazitäten für eine zweizügige Grundschule im Gebäude Herbert Hoover im kommenden Schuljahr, zusätzlich zur Bertha-von-Suttner-Gemeinschaftsschule, bestünden. Die Anmeldezahlen und der Bedarf ließen diese Prognose zu. Mit Bezug auf die langfristige Planung erläutert er, dass das Thema Grundschule Freiberg nochmals diskutiert werde, wobei das gesamte Areal hinsichtlich bisheriger Überlegungen und Planungen kritisch zu hinterfragen sei. So stehe auch die Frage im Raum, welche Schule unter pädagogischen und schulstrukturellen Gesichtspunkten wo auf dem Campus angesiedelt sein solle. Daraus könnten längerfristige Entscheidungen auch unter pädagogischer Warte abgeleitet werden. Für das übernächste Jahr sei man weit weg von den öffentlich kursierenden Zahlen von 80 Schülern in Freiberg. Derzeit stünde man gerade an der Schwelle von der Ein- zur Zweizügigkeit im Grundschulbereich für Freiberg. Gemeinsam mit den Schulen werde man über die Jahre 2019/2020 in dieser Übergangssituation hinausschauen, um eine pädagogisch sinnvolle Lösung für den Campus zu finden.

Bezüglich des Raumbedarfs der Gemeinschaftsschule konstatiert Herr Hein eine dreizügige Planung, wobei derzeit der Anmeldungsstand für das kommende Jahr in Klassenstufe 5 lediglich eine Zweizügigkeit erfordere. Bis zum tatsächlichen Schuljahresbeginn könnten die Zahlen aber noch steigen. Darüber hinaus sei die Planung ab Klassenstufe 6 für die Gemeinschaftsschule dreizügig. Davon sei auch langfristig auszugehen. Derzeit sei die Gemeinschaftsschule mit drei Jahrgängen im Gebäude Eschbach-Gymnasium und mit den anderen drei Jahrgängen auch im Herbert-Hoover-Gebäude untergebracht. Perspektivisch bestehe die Überlegung, das Eschbach-Gebäude nur noch für das Eschbach-Gymnasium zu planen und für die Bertha-von-Suttner-Gemeinschaftsschule anderweitige Kapazitäten zu schaffen.

Sodann wendet sich Herr Hein der Frage nach außerschulischen Angeboten zu. Mit Hinweis auf die Handlungsempfehlungen aus der Qualitätsanalyse zur Öffnung der Schulen hinein ins Quartier erklärt er, dass derzeit gesamtstädtisch Ansätze entwickelt werden. Diese gelten somit auch für den Standort Freiberg. Dies müsse in Zusammenhang mit der konkreten räumlichen Situation betrachtet werden. Auch hier sei es geboten, eine langfristige Perspektive einzunehmen.

Im Anschluss daran formuliert StRin Gröger (SPD) Unzufriedenheit mit den langfristigen Aussichten und bezeichnet die Tatsache, das Thema Jugendhilfe und Schule unter einem Dach vereinigt zu haben, als Chance für solche Projekte. Sie appelliert, langfristige Planung durch frühzeitigeres schulisches Handeln zu ersetzen, und erwartet seitens der Verwaltung eine enge Einbindung, auch um künftig Fehler zu vermeiden. Sie schließt ihre Ausführungen ab mit der Bewertung, dass beim Thema Campus mit der Grundschule begonnen werden solle, denn dies sei der Schlüssel für das Zusammenleben der Familien in den Stadtteilen und der beste Ansatz für mehr Bildungsgerechtigkeit.

StR Stradinger (CDU) bewertet die Tatsache als positiv, das gesamte Areal nochmals pädagogisch und strukturell zu hinterfragen, und spricht sich dafür aus, die Dinge jetzt anzugehen und rasch aktiv zu werden.

StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) hebt hervor, dass gerade die Kriterien Chancengerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit für den Stadtteil Freiberg besonders in den Fokus gelegt werden müssten. Sie stellt infrage, ob dies in Anbetracht der Langfristigkeit der Diskussion ausreichend zur Geltung kommen könne. Abschließend betont sie die Notwendigkeit, schneller zu werden und bestimmte Dinge vorzuziehen, um, angesichts der Situation im Stadtbezirk, mehr Bildungsgerechtigkeit zu erlangen.

Zusammenfassend bestätigt BMin Fezer die gemeinsame Sichtweise von Verwaltung und Ausschuss. So sei man von einer Grundsatzentscheidung in eine andere Richtung umgeschwenkt und spricht von einer neuen Entwicklung, die es gebe. Es bestehe die Auffassung seitens der Verwaltung, nicht alles am Standort Freiberg zusammenzuführen und enger zusammenzurücken. Selbst dies sei nicht schnell zu machen. Die Notwendigkeit sei gegeben, so ihre weiteren Erläuterungen, gerade in diesem Stadtteil ein angemessenes Angebot zu schaffen, das einer intensiven pädagogischen Betrachtung bedürfe. Man sei bereits in Gesprächen, um zu neuen spezifischen Angeboten zu kommen. Auch mit dem Schulbeirat könne man diese Richtung gehen, man müsse aber schauen, was machbar sei. Dies würde unter Umständen mit Neubauten verbunden sein und Zeit benötigen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, schließt BMin Fezer den Tagesordnungspunkt ab. Der Ausschuss hat Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)

II. nachrichtlich an:

1. Herrn Oberbürgermeister
2. S/OB
3. BezA Mühlhausen
4. Stadtkämmerei (2)
5. Rechnungsprüfungsamt
6. L/OB-K
7. Hauptaktei

- III.
1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. SchUB
 9. AfD
 10. LKR